

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Ohne Stau ans Ziel

Die SVP des Kantons Zürich kämpft gegen immer mehr Stau auf den Strassen des Kantons. Mit einer Volksinitiative will sie verhindern, dass der Kanton immer mehr Kapazitäten auf Zürichs Strassen abbaut. Dabei wurden im Jahr 2014 über 7500 Unterschriften eingereicht.

Kürzlich war dies auch wieder Thema im Kantonsrat: Es wurde nun ein Gegenvorschlag verabschiedet. Dieser erfüllt materiell und in den Hauptpunkten unsere Initiative: So muss ein Spurbau auch gemäss Gegenvorschlag kompensiert werden. Der Regierungsrat des Kantons Zürich lehnte die Volksinitiative hauptsächlich aus formalen Gründen ab. Erfreulich ist, dass der Regierungsrat den Handlungsbedarf im Bereich des Strassenverkehrs anerkennt und dessen grosse volkswirtschaftliche Bedeutung für den Kanton Zürich unterstreicht.

Es wird Zeit, dass etwas geht. Denn Tag für Tag stecken wir im Stau. Es braucht ein Nebeneinander von allen Verkehrsträgern und keine einseitige Behinderung des motorisierten Individualverkehrs. Gut ausgebaute Verkehrswege, die das steigende Verkehrsaufkommen in unserem Kanton jederzeit bewältigen, sind eine Grundlage für Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung. Misst man alle Staus durch Schikanen, dann kommt man für das Strassennetz allein auf dem Gebiet des Kantons Zürich auf jährliche Staukosten von 140 Mio. CHF. Das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum hat zur Folge, dass die Verkehrsinfrastruktur heute aus allen Nähten platzt, da sie ursprünglich für eine geringere Verkehrsnachfrage dimensioniert worden ist. Darauf reagierten Kanton und Gemeinden mit enormen Investitionen in den Öffentlichen Verkehr und in das Veloroutennetz. Beim motorisierten Individualverkehr hingegen wird das zur Verfügung stehende Geld aus ideologischen Motiven nicht für den Ausbau, sondern für den Rückbau des Strassennetzes verwendet. Die SVP-Initiative verlangt nichts anderes, als dass die Leistungsfähigkeit von Strassen mit überkommener Bedeutung an der Nachfrage des motorisierten Individualverkehrs auszurichten ist. Die Anti-Stauintiative ist für unsere wirtschaftliche Zukunft nötig und wichtig.

Die Vertreter der SVP-Kantonsratsfraktion werden anlässlich der Kommissionsberatung den Gegenvorschlag des Regierungsrats vertieft prüfen. Anschliessend entscheidet das Initiativkomitee, ob das Volksbegehren aufrecht erhalten bleibt und zusammen mit dem Gegenvorschlag zur Abstimmung gebracht wird. Bei einem allfälligen Rückzug der Initiative untersteht der Gegenvorschlag dem obligatorischen Referendum. Bleiben wir dran. Das Verkehrsaufkommen ist zu bewältigen und nicht zu verhindern.

VERSÄUMNISSE DER POLIZEIFÜHRUNG RUND UM DIE FRIESSTRASSE

Potenzielles Pulverfass zwischen Oerlikon und Seebach

Im Gebiet Friesstrasse – zwischen Oerlikon und Seebach gelegen – gibt es immer wieder gesetzeswidrige Vorfälle, bei denen die Polizei für Sicherheit zu sorgen hat. Zahlreiche Seebacherinnen und Seebacher sind besorgt und meiden die Friesstrasse.



Martin Götzl
Gemeinderat
Fraktionschef SVP
Zürich

Insbesondere an Abenden und an Wochenenden wird die Friesstrasse häufig und rege von in der Stadt Zürich wohnenden, aber auch von auswärtigen Personen mit Migrationshintergrund besucht. Im Rahmen der Fussball EM-Qualifikation kam es am 8. und am 11. Oktober 2015 zu Vorfällen, die von Gewalt geprägt waren. Beteiligt waren serbische und albanische Fan-Gruppierungen. Die Polizei war mit einem Grossaufgebot vor Ort und musste Tränengas, Gummischrot und Wasserwerfer einsetzen. In einem offiziellen Statement sprach die Stadtpolizei von einem «Einsatz in einer neuen Dimension». Ein Hinweis aus der Bevölkerung meldete ein Fahrzeug, in welchem sichtbar ein Gewehr mitgeführt wurde. Die Polizei konnte die Waffe sicherstellen.

Null-Erfolgsgehalt

Die Besorgnis um die Friesstrasse wurde durch eine an den Stadtrat eingereichte Interpellation der SVP öffentlich thematisiert. Leider zeichnen sich die vom Stadtrat gelieferten Antworten durch «Null-Erfolgsgehalt» aus, darin sucht man vergebens nach prophylaktischen Erfolgsmeldungen oder Lösungsansätzen.

Verkehr in der Stadt

Diskussionen um das Thema Verkehr in der Stadt Zürich werfen immer hohe Wellen. Ziel wäre ein ausgewogenes Nebeneinander von MIV und ÖV. Wichtig dabei ist der Blick auf die Praxis und die Auswirkungen von Umsetzungsmassnahmen vor Ort. SVP-Politiker haben da ein wachsames Auge und melden sich zu Wort, wenn sie irgendwo Unklarheiten feststellen. Zwei Beispiele von Vorstössen sollen dies aufzeigen.

Interpellation: Signalisation und Verkehrskontrollen an der Kreuzung Höschgasse/Wildbachstrasse

Die beiden Gemeinderäte Roger Liebi und Derek Richter stellen mit einer Interpellation Fragen an den Stadtrat zu einer ungenügenden Signalisation im Quartier Seefeld:

Linksabbiegen aus der Höschgasse in die Wildbachstrasse in Fahrtrichtung See ist für die Verkehrsteilnehmer untersagt. Leider ist die entsprechende Signalisation völlig ungenügend. Aufgrund der entsprechenden Kontrolltätigkeit der Polizei muss man fast vermuten, dass bewusst auf eine bessere Signalisation verzichtet wird.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Verzeigungen seitens der Polizei sind an besagter Kreuzung Höschgasse/Wildbachstrasse in den Jahren 2014–2017 (Stand 30.1.2017) wegen verbotenen Linksabbiegens und Überfahren einer Sicherheitslinie erfolgt? Bitte um tabellarische Auflistung.
2. Wie viele Verkehrskontrollen seitens der Stadtpolizei sind an besagter Kreuzung Höschgasse/Wildbachstrasse im Jahre 2016 und im Jahre 2017 (1.1. bis 31.1.17) erfolgt?
3. Ist seitens der Stadtpolizei Zürich und/oder Dritter in den Jahren 2014 bis dato eine Meldung betreffend ungenügende Signalisation des Linksabbiegeverbotens an besagter Kreuzung

zen. Welche Schmach für Geschädigte und für die durch die Vorfälle verängstigten Anwohner.

Offensichtlich ist, dass weder Polizeivorstand Richard Wolff noch der Stadtrat den politischen Willen, die Führungsfähigkeit und die erforderliche Reflexionsfähigkeit besitzen, um in Zukunft die Bevölkerung und die Polizeikräfte schützen zu können. In dieser Situation scheint es kaum möglich, der Rädelsführer habhaft zu werden und diese zur Rechenschaft zu ziehen.

SVP warnt seit Jahren

Die SVP macht seit Jahren mit diversen Vorstössen auf unhaltbare Entwicklungen an der Friesstrasse aufmerksam. Verkehrsdelikte, Gewalttaten, Schatten-gesellschaft, vermeintlicher Umschlagplatz von Drogen, Anzugsmagnet auch für ausserkantonale und nicht unbescholtene Besucher verbreiten grosse Verunsicherung im Quartier.

Ignoranz und Abwiegung

Lösungsorientierte Forderungen der SVP, den erhöhten Gewalt- und Tatbereitschaften entgegenzuwirken, um die Sicherheit zu erhöhen und die Polizeikräfte zu stärken und zu schützen, sind beim rot/grünen Stadtrat meist chancenlos. Die konsequenten Forderungen werden erst nach anfänglicher Ignoranz und längerem Abwiegen widerwillig umgesetzt.

Eine sehr relevante sicherheitstechnische Frage wurde von der SVP bis

jetzt nicht gestellt: Warum gibt es in der Friesstrasse, dem seit Jahren bekannten Unruheherd, keine Überwachungskameras im öffentlichen Raum, dank denen Fehlverhalten zur Rechenschaft gezogen werden können?

Versäumnisse der Polizeiführung

Wo sind die Wegweiser der Polizeiführung? Weshalb installiert man in einer solchen Strasse, die von den Medien «Balkanmeile» genannt wird, nicht festinstallierte Kameras, um dieses rege Treiben zumindest bei Verfehlungen zur Anzeige bringen zu können? Wohl-gemerkt, die SVP ist ausdrücklich gegen Überwachung durch den Staat, an solch exponierten Orten ist es jedoch eine Massnahme, die wegweisende Sicherheit erlangt!

Die politische Polizeiführung hat es versäumt, Akzente zu setzen, die Mitarbeiter zu schützen und zu stärken, Signale der Evaluation und der Entwicklung zu senden und die Polizeiausrüstung zeitgemäss zu verbessern.

Mehr Sicherheit mit Bodycams

Ein Pilotversuch mit Bodycams, eine Forderung der SVP, um die Polizistinnen und Polizisten vor den zunehmenden Angriffen zu schützen, hat der Polizeivorsteher erst nach längerem und widerwilligem Zögern und nachhaltigem Druck aufgegleist. In mehreren europäischen Städten tragen solche zu einer erhöhten Sicherheit und weniger tätlichen Angriffen auf die Polizeikräfte

bei. Im Stadtzürcher Polizeikorps gibt es durchaus auch sehr kritische Stimmen. Weshalb? Weil die Polizeikräfte davon ausgehen müssen, dass mit dieser Polizeiführung allfällige Aufzeichnungen eher gegen, als für den Polizisten verwendet werden. Stadtrat Wolff spricht gerne und viel über «Racial Profiling» und schützt lieber Täter als die eigenen Mitarbeiter.

Polizeivorsteher hat Chance nicht genutzt

Polizeivorsteher Richard Wolff hätte zahlreiche Möglichkeiten seit den Vorfällen im Oktober 2015 bis heute gehabt, um seine Fähigkeit und den Willen zu zeigen und seinem Korps Vertrauen auszusprechen.

Eine davon wäre gewesen, den Einsatz von Kameras im öffentlichen Raum zu prüfen. Man könnte klar definiert nur im öffentlichen Raum Kameras positionieren, um das rege und nicht tolerierbare Treiben an der Friesstrasse zu dokumentieren. Aufgrund der Faktenkenntnis liessen sich gezielte Einsatzmittel und Massnahmen planen, die zur Beruhigung der Situation und zu mehr Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger beitragen würden. Der Polizeivorsteher hat jedoch seine Chance nicht genutzt, um Wegweisendes einzuleiten. Leider muss daraus die Schussfolgerung gezogen werden, dass sämtliche unerwünschten Gesetzeswidrigkeiten an der «Balkanmeile» wie Rasen mit dem Auto, wie Ausschreitungen usw. meist ungeahndet weitergehen, voraussichtlich zumindest bis 2018 – denn erst dann sind Gesamterneuerungswahlen!

DER AKTUELLE VORSTOSS

Vorkommnissen durch diese Anlage aufgezeichnet?

8. Es wird ein ganz neues Gerät für die Überwachung auf dieser Kreuzung eingesetzt. Wir bitten um technische und finanzielle Gegenüberstellung von dieser und einer herkömmlichen Anlage, wie jene, die beispiel-

weise beim Milchbuck eingesetzt werden.

9. Auf welche Grundlagen beruft sich der Stadtrat, dass sowohl der Standort als auch der Entscheid für eine Montage der Anlage aus anderen als monetären Gründen erfolgt ist? Welches sind diese Gründe?

Schriftliche Anfrage: Neue Radaranlage an der Birchstrasse bei der Glaubtenkreuzung

Im nächsten Beispiel stellen die Gemeinderäte Stephan Iten und Derek Richter kritische Fragen zu einer Situation im Quartier Affoltern, wo plötzlich ein neues Geschwindigkeits-Messgerät installiert wurde:

An der Glaubten-Kreuzung wurde auf der Binzmühlestrasse (Fahrtrichtung Höngrgerberg) neu ein Überwachungsgerät installiert.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. An welchem Datum wurde diese Anlage montiert und in Betrieb genommen? Für wie lange soll diese in Betrieb bleiben?
2. Wie hoch waren die Gesamtkosten für diese Anlage?
3. War dieser Radar für das Jahr 2016 oder für ein anderes Jahr budgetiert?
4. Aus welchem Grund und/oder Vorkommnissen wurde dort eine Radarüberwachung montiert?
5. Wenn die Frage 4 mit der Antwort Verkehrssicherheit begründet wird, bitten wir um eine tabellarische Auflistung der Unfälle der letzten 10 Jahren, welche mit den überwachten Spuren in Zusammenhang gebracht werden können.
6. Welche Spuren werden mit dieser Anlage auf dieser Kreuzung überwacht und bei welchen Verstössen wird eine Aufnahme ausgelöst?
7. Welche Verkehrsmittel und/oder Verkehrsteilnehmer werden bei welchen

SVP-Polit-Apéro

SVP Züri 11

Wir laden Sie freundlich ein zu unserem politischen Diskussions-Forum. Der Anlass ist öffentlich. Alle sind herzlich willkommen!

Freitag, 24. Februar 2017, ab 18.00 Uhr mit



Roger Liebi
Kantonsrat SVP ZH

Thema:

Kampf der Classe politique gegen das Volk
Haarsträubendes von der Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

Ort:

Im Hotel / Restaurant Landhus
Katzenbachstrasse 10, 8052 Zürich
(Endstation Seebach)

Programm:

ab 18.00 Uhr Eintreffen
18.15 Uhr Referat
18.45 Uhr Fragen und Diskussion
19.15 Uhr geselliges Beisammensein



Informationen über weitere Anlässe der SVP Zürich 11 finden Sie unter: www.svp-zuerich11.ch
SVP Zürich 11, Postfach 6506, 8050 Zürich